

Ägypten: Todesurteil für Vertreter der Muslimbruderschaft

Das Oberste Gericht für Staatssicherheit in Kairo hat acht Mitglieder der Muslimbruderschaft, wegen ihrer Rolle bei den tödlichen Ausschreitungen im Jahr 2013, zum Tode verurteilt. Den Männern wurde vorgeworfen, sich verschworen zu haben, um die Regierung von Abdel Fattah el Sissi zu stürzen, der selbst nach dem Sturz von Mohamed Morsi an die Macht gekommen war. Außerdem wurden sie beschuldigt, Polizisten getötet und öffentliches Eigentum zerstört zu haben. Unter den Verurteilten ist der oberste Führer der Bruderschaft, Mohamad Badie, der achte Oberste Führer der Muslimbruderschaft, er leitete die Gruppe zwischen 2010 und 2013, als er während des Armeeputsches gegen die Regierung Mursi verhaftet wurde. 06.03.2024

Liberia: Einrichtung eines Kriegsverbrechergerichts

Das Unterhaus des liberianischen Parlaments hat einen Antrag zur Einrichtung eines Gerichts für Kriegsverbrechen angenommen - mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende eines verheerenden Bürgerkriegs. Im Jahr 2009 empfahl eine Wahrheits- und Versöhnungskommission die Einrichtung eines solchen Gerichts, doch wurde der Antrag unter anderem deshalb abgelehnt, weil eine Reihe beschuldigter Kriegsherren nach wie vor einflussreich sind. Während der Bürgerkriege in Liberia zwischen 1989 und 2003 starben rund eine Viertelmillion Menschen. Zu den Gräueltaten gehörten Massaker, Vergewaltigungen, Kannibalismus und die Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten. 06.03.24

Klage wegen Kinderarbeit in Minen abgewiesen

Ein US-Bundesberufungsgericht hat eine Klage abgewiesen, in der behauptet wurde, dass fünf große Technologieunternehmen (Apple, Microsoft, Tesla, Dell Technologies und die Google-Muttergesellschaft Alphabet) am Einsatz von Kinderarbeit beim Abbau von Kobalt in der Demokratischen Republik Kongo beteiligt waren. Das Gericht entschied, dass der Kauf von Kobalt durch die Unternehmen nicht bedeute, dass sie sich an der Zwangsarbeit von Kindern beteiligten. Der Fall wurde erstmals 2019 von der Menschenrechtsorganisation International Rights Advocates eingereicht, die Kinderarbeiter vertrat, die sich bei der Arbeit in kongolesischen Kobaltminen verletzt hatten, sowie die Familien von Kindern, die in den Minen gestorben waren. Die DR Kongo produziert 60 % des weltweiten Kobaltangebots, das für die Herstellung der meisten elektronischen Geräte verwendet wird. 06.03.2024

Simbabwe: Sanktionen überarbeitet

Die USA haben gegen den simbabwischen Präsidenten Emmerson Mnangagwa, seine Frau, drei Unternehmen und elf Personen, darunter die Mnangagwas, Vizepräsident Constantino Chiwenga und den pensionierten Brigadegeneral Walter Tapfumaneyi Sanktionen verhängt, weil sie angeblich an Korruption und Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren. Mit Ausnahme der am Montag aufgelisteten Personen werden die Beschränkungen für Simbabwe, die bisher unter US-Sanktionen standen, aufgehoben. 05.03.2024

7tägige Trauerzeit - Ali Hassan Mwinyi "Mr. Permission"

Der 2te Präsident Tansanias Ali H. Mwinyi ist im Alter von 98 Jahren gestorben. Er setzte harte wirtschaftliche und politische Reformen durch, die das ostafrikanische Land

vom Sozialismus zu einer offenen Wirtschaft und einer Mehrparteiendemokratie führten. Von 1985 bis 1995 war er Präsident. Präsidentin Samia Suluhu hat eine siebentägige Trauerzeit ausgerufen. Die Nationalflagge wird während dieser Zeit auf Halbmast gehisst, um Mwinyis Verdienste für Tansania zu würdigen. 04.03.2024

Mosambik: Dschihadistische Anschläge

In der Provinz Cabo Delgado sind nach Regierungsangaben 67 321 Menschen vertrieben worden. Vor zwei Wochen brachen im Norden Mosambiks neue Unruhen aus. Die Vertriebenen sind in provisorischen Notunterkünften in Eräti oder bei Verwandten untergebracht. Cabo Delgado ist reich an Erdgas und vielen anderen Mineralien, wird aber seit 2017 von Terroranschlägen dschihadistischer Gruppen heimgesucht, bei denen mehr als 3.000 Menschen, die meisten von ihnen Zivilisten, getötet wurden. 04.03.2024

Rückzug der UN-Friedenstruppen von Kamanyola

Kamanyola ist der erste MONUSCO-Stützpunkt in Süd-Kivu, der nach der gemeinsamen Unterzeichnung über den beschleunigten, schrittweisen, geordneten und verantwortungsvollen Abzug der MONUSCO (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) durch die Regierung der DRK beschlossen wurde. Die MONUSCO-Truppe kam 2010 in den Kongo, nachdem sie eine frühere UN-Friedensmission (2005) abgelöst hatte. Das Ziel war es Zivilisten und humanitäres Personal zu schützen und die kongolesische Regierung bei ihren Bemühungen, um Stabilisierung und Friedenskonsolidierung zu unterstützen. Der Stützpunkt Kamanyola befindet sich in einem besonders gefährdeten Gebiet der Ruzizi-Ebene. Die kongolesische Nationalpolizei ist von nun an für die Sicherheit in der Region zuständig. Der Osten der DRK wird seit Jahren von mehr als 120 bewaffneten Gruppen heimgesucht, die einen Anteil an den Ressourcen der Region (z. B. Gold) anstreben und versuchen, ihre Gemeinschaften zu schützen, wobei einige von ihnen beschuldigt werden, von den Nachbarn und ausländischen Mächten der Demokratischen Republik Kongo heimlich unterstützt zu werden. 02.03.2024

Ghana: Blackout während Präsidentenrede

Die staatliche Electricity Company of Ghana (ECG) hat am Donnerstag die Stromversorgung des Parlaments wegen Schulden in Höhe von 23 Mio. ghanaischen Cedi (1,8 Mio. \$) unterbrochen. Der Stromausfall unterbrach eine Debatte über die Rede des Präsidenten zur Lage der Nation. Ein Notstromaggregat versorgte den Plenarsaal einige Minuten später wieder mit Strom. Andere Teile des Parlamentsgebäudes blieben jedoch fast den ganzen Tag über ohne Strom, bevor die Versorgung wiederhergestellt war. Die Elektrizitätsgesellschaft, die mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, schaltet häufig den Strom von verschuldeten Kunden ab. 01.03.2024

Weitere Info: <https://netzwerkafrika.de/>

[7. Gipfeltreffen des Forums Erdgasexportierender Länder](#)

[Niger: EU-Polizeiunterstützung vorzeitig abgezogen](#)

[Tschad: Mahamat Idriss Déby bestätigt Kandidatur](#)

[Mauritius: Sechs Hindu Pilger getötet](#)